Zeitschrift: Schweizer Kunst = Art suisse = Arte svizzera = Swiss art

Herausgeber: Visarte Schweiz

Band: - (1999)

Heft: 1: 100 Jahre Schweizer Kunst

Artikel: Das Folgerecht für die bildenden Künstler - eine Notwendigkeit = Le droit de suite pour les artistes visuels - une nécessité = Il diritto di seguito per gli artisti visuali - una necessità

Autor: Stauffacher, Werner

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-624642

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Werner Stauffacher

Das Folgerecht für die bildenden Künstler – eine Notwendigkeit

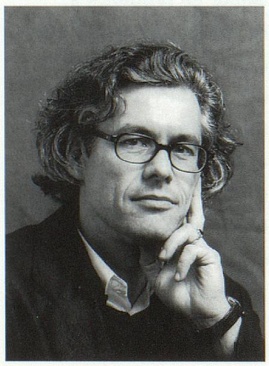
Das erste Urheberrechtsgesetz erhielt die Schweiz im Jahre 1883, ein zweites 1922. Letzteres war bis zum 1. Juli 1993 gültig, als nach mehr als dreissigjährigen Vorarbeiten ein total revidiertes und modernes Bundesgesetz über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (URG) in Kraft trat. Heute bedarf dieses bereits einer Teilrevision, da aufgrund von internationalen Abkommen gewisse Bestimmungen im URG anzupassen sind.

Keines der bisherigen schweizerischen Gesetze anerkannte das Folgerecht für die bildenden Künstler, sodass heute Grund besteht, sich dieses Recht wieder einmal genauer anzusehen. Dies umso mehr, als bereits im Verlaufe der letzten Totalrevision über das Folgerecht ausführlich diskutiert worden ist, wobei sich erfreulicherweise der Bundesrat in seiner Botschaft vom 19. Juni 1989 im Grundsatz dazu positiv ausgesprochen hat.

Um was geht es?
Wo liegen die Gründe für das bisherige Scheitern?

Das Folgerecht (oder droit de suite) will den bildenden Künstlern an der Wertsteigerung ihrer Werke eine angemessene Partizipation verschaffen. Dies soll neben den eigentlichen Werken der bildenden Kunst (wie Ölbilder, Aquarelle, Zeichnungen, Lithografien usw.) auch für Skulpturen und Fotografien gelten. Der Sinn für diese Spezialregelung liegt darin, dass in der Regel die sogenannten Erstverwertungsrechte den bildenden Künstlern relativ wenig finanzielle Ansprüche gewähren. So kann in den seltensten Fällen ein Kunstmaler sein Leben von den Einkünften aus den Aufführungs-, Sende- oder Reproduktionsrechten an seinen Bildern bestreiten. Vielmehr besteht die Haupteinnahmequelle vornehmlich aus dem Verkauf seiner Originalwerke. Somit ist es mehr als gerechtfertigt, wenn die Urheber und Urheberinnen für die Wertsteigerung des von ihnen geschaffenen Œuvres entschädigt werden können. Das geht nur über das Folgerecht.

Dr. iur. Werner Stauffacher, Vizedirektor ProLitteris
Foto: D. Vredenbregt



Im Wesentlichen funktioniert das Entschädigungssystem so, dass bei jedem Weiterverkauf eines Originales ab einer gewissen Preisgrenze dem Urheber bzw. der Urheberin ein bestimmter prozentualer Anteil zugute kommen soll. In der Revisionsvorlage von 1989 wurde seitens der GSMBA vorgeschlagen, dass «der Urheber gegenüber dem Veräusserer Anspruch auf einen angemessenen Anteil am Verkaufserlös hat, sofern dieser mehr als tausend Franken beträgt». In Deutschland beispielsweise, wo das Folgerecht seit 1972 umgesetzt wird, liegt der Ansatz bei 5% des Veräusserungserlöses, sofern dieser mehr als einhundert Mark beträgt. Das französische Recht sieht 3% des Verkaufspreises vor, wogegen Island, das am oberen Ende der Skala steht, 10% verlangt. Dabei fallen alle Erstverkäufe sowie Veräusserungen unter Privaten nicht unter das Folgerecht.

Zurzeit wird innerhalb der Europäischen Union heftig um eine Harmonisierung des Folgerechtes debattiert. Die letzten zur Diskussion stehenden Ansätze betragen zwischen 1% und 5% des Veräusserungserlöses. Widerstand gegen eine Harmonisierung regt sich vor allem in Grossbritannien. Das erstaunt nicht, weil die grossen und bekannten Auktionshäuser, die sich dem Verkauf von Kunstwerken widmen, ihre Haupttätigkeiten in Grossbritannien, Frankreich den USA und in der Schweiz betreiben: bis auf Frankreich alles Staaten, die in ihren Urheberrechtsgesetzen das Folgerecht nicht kennen.

Dies obwohl die Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst in der Pariser Fassung vom 24. Juli 1971 (RBUe) das Folgerecht ausdrücklich vorsieht. Die Schweiz ist dieser Übereinkunft anlässlich der Totalrevision des URG von 1993 ebenfalls beigetreten. Da indessen das Folgerecht nicht zwingend von den Mitgliedstaaten in den innerstaatlichen Gesetzen aufgenommen werden muss, hat das keine unmittelbaren Konsequenzen. Solche wären spätestens dann zu befürchten, wenn die Harmonisierung des Folgerechtes in der EU vorgeschrieben würde und die EU-Mitgliedstaaten sich zu einer Übernahme verpflichten müssten. Dannzumal wäre die Schweiz erneut eine Insel in Europa – eine Insel gegen die Interessen der Urheber und Urheberinnen, hingegen für diejenigen des Kunsthandels.

Der Kampf für das Folgerecht ist – wie jede Verbesserung für die Urheber und Urheberinnen – ein langer und steiniger. Die Kritiker führen als Gegenargumente immer wieder an, dass eine praktische Umsetzung des

Folgerechts nicht möglich sei und dass Gefahr bestehe, der Kunsthandel würde sich ins Ausland absetzen. Beide Argumente sind schon in der bundesrätlichen Botschaft im Jahre 1989 entkräftet worden, in der ausdrücklich auf die positiven Erfahrungen in Deutschland und in Frankreich hingewiesen worden ist. Seither sind einige Staaten hinzugekommen, die ebenfalls das Folgerecht kennen – und umsetzen. Die Gefahr, dass sich der Kunsthandel ins Ausland absetzen würde, ist daher bereits heute geringer geworden und würde durch die Einführung der Harmonisierung für den EU-Raum vollständig wegfallen.

Anlässlich der letzten Gesetzesrevision fiel das Folgerecht gewissermassen in letzter Minute aus den Traktanden. Dies nicht zuletzt aufgrund eines erfolgreichen politischen Lobbyings durch Vertreter des Kunsthandels – mit Unterstützung einzelner bekannter einheimischer Kunstschaffender! Das erstaunt umso mehr, als gerade diese davon profitiert hätten. Denn Erfahrungen in Staaten mit dem Folgerecht zeigen, dass der Kunsthandel mit erfolgreichen Werken keineswegs in einem markanten Ausmass zurückgeht, wie es die Gegner immer wieder prophezeien. Unbestritten werden vor allem diejenigen Urheber und Urheberinnen von Erlösen aus dem Folgerecht profitieren, die sich aufgrund ihres Œuvres bereits einen Namen im Kunsthandel geschaffen haben und erfolgreich sind. Doch was soll daran verwerflich sein? Wieso dürfen diese Künstler nicht an den Früchten ihrer Arbeiten finanziell partizipieren? Oder soll kurz vor der Jahrtausendwende immer noch das überholte Bild aus den Zeiten Spitzwegs vom Porträt des verarmten Literaten und die Meinung, dass der Künstler allein in der Armut zu grossartigem Werkschaffen fähig ist, seine Gültigkeit behalten?

Das Folgerecht ist in denjenigen Staaten, die es kennen, schon lange eine urheberrechtliche Befugnis und nicht nur ein verwandtes Schutzrecht. Es stellt einen besonderen vermögensrechtlichen Anspruch dar, welcher den Urhebern bzw. den Urheberinnen kraft Gesetzes zusteht – und zwar solange der Urheberrechtsschutz gewährt ist. Das wäre in der Schweiz zurzeit bis 70 Jahre nach dem Tod des Werkschaffenden. Jede andere Lösung würde den in anderen Staaten bestehenden Regelungen widersprechen, wäre nicht im Geiste der RBUe – und wohl bald auch gegen das harmonisierte EU-Recht, selbst wenn wir dieses in der Schweiz nicht umsetzen müssen.

Werner Stauffacher

Le droit de suite pour les artistes visuels – une nécessité

La Suisse a eu sa première loi sur les droits d'auteur en 1883, pui une deuxième en 1922. Cette dernière est restée valable jusqu'au 1er juillet 1993, date à laquelle, après plus de 30 ans de travaux préparatoires, une nouvelle loi fédérale – moderne et totalement révisée – est entrée en vigueur: la loi sur les droits d'auteurs et sur les droits de protection voisins (LDA). Aujourd'hui, cette loi a déjà besoin d'une révision partielle, car en raison de traités internationaux, certaines dispositions de la LDA doivent être adaptées.

Comme aucune des lois suisses promulguées jusqu'ici ne reconnaissait le droit de suite pour les artistes visuels, cette révision est l'occasion d'examiner la question plus en détail. Et ce d'autant plus qu'au cours de la dernière refonte complète de la loi, le droit de suite avait déjà été amplement discuté, et que le Conseil fédéral s'était heureusement exprimé en sa faveur dans son message du 19 juin 1989.

De quoi s'agit-il? Pour quels motifs ce principe n'a-t-il pas été accepté jusqu'à maintenant?

Le droit de suite assurera aux artistes visuels une participation adéquate à l'augmentation de valeur de leurs œuvres. Ce droit devrait valoir non seulement pour les œuvres visuelles proprement dites (peintures à l'huile, aquarelles, dessins, lithograhies, etc.) mais aussi pour les scultures et les photographies. Un tel règlement spécial se justifie parce que normalement, les droits dits de «première évaluation» ne concèdent aux artistes visuels que des droits financiers limités. Ainsi, il est très rare qu'un peintre puisse gagner sa vie grâce aux bénéfices provenant des droits de représentation, de diffusion ou de reproduction de ses tableaux. La majeure partie de ses revenus est plutôt constituée par la vente de ses œuvres originales. Par conséquent, il est plus que juste que les créateurs et créatrices puissent obtenir une compensation pour l'augmentation de valeur de leurs œuvres. Mais ceci n'est possible que dans le cadre du droit de suite.

En substance, le système de compensation fonctionne ainsi: lors de chaque revente d'un original, à partir d'une certaine limite de prix, l'auteur(e) a droit à un certain pourcentage de participation au bénéfice. Dans le projet de révision de 1989, la SPSAS avait proposé la formule suivante: «L'auteur(e) peut réclamer du vendeur un pourcentage adéquat du produit de la vente, si ce dernier dépasse mille francs.» En Allemagne, par exemple, où ce droit est appliqué depuis 1972, cette participation est fixée à 5% du produit de la vente, s'il dépasse cent marks. Le droit français prévoit 3% du prix de vente, tandis qu'en Irlande, tout en haut de l'échelle, ce droit est de 10%. Les premières ventes et les cessions entre privés ne sont pas soumises au droit de suite.

Actuellement, l'harmonisation du droit de suite est l'objet de débats animés au sein de l'Union Européenne. Les derniers chiffres en discussion varient entre 1 et 5% du produit de la vente. La résistance à une harmonisation est la plus forte en Grande-Bretagne. Ceci n'est pas étonnant, puisque les plus importantes et plus célèbres maisons de vente aux enchères spécialisées en œuvres d'art exercent principalement leur activité en Grande-Bretagne, en France, aux Etats-Unis et en Suisse: états qui, exception faite de la France, ne reconnaissent pas le droit de suite dans leur législation sur les droits d'auteur.

Et ceci malgré le fait que la Convention de Berne pour la protection des œuvres littéraires et artistiques, dans sa version de Paris du 24 juillet 1971 (RBUe), prévoit expressément le droit de suite. La Suisse a adhéré à cette convention à l'occasion de la révision complète de la LDA en 1993. Mais comme le droit de suite ne doit pas être inscrit obligatoirement par les états membres dans leur législation, ce genre de texte n'a pas de conséquences immédiates. De telles conséquences seraient seulement à craindre dans le cas suivant: si l'harmonisation du droit de suite était prescrite dans l'UE et si les pays membres de l'UE devaient s'engager à l'accepter, la Suisse se retrouverait encore une fois isolée en Europe, prenant position contre les intérêts des auteur(e)s, mais défendant ceux du commerce de l'art.

Le combat pour le droit de suite, comme toute tentative d'améliorer les conditions de vie des auteur(e)s, est long et difficile. Ses adversaires répètent sans cesse que sa mise en pratique est impossible et qu'elle risquerait d'inciter le commerce de l'art à se déplacer à l'étranger. Les deux arguments ont déjà été réfutés dans le message fédéral de 1989, qui mentionne expli-

citement les expériences positives faites en France et en Allemagne. Depuis, d'autres états reconnaissant et appliquant le droit de suite se sont ajoutés à la liste. Le danger d'un déplacement du commerce de l'art à l'étranger est par conséquent devenu plus faible et disparaîtrait complètement dans le cas d'une harmonisation en la matière dans les pays de l'espace européen.

Lors de la dernière révision, le droit de suite a disparu à la dernière minute de l'ordre du jour, pour ainsi dire. Cette élimination était due en grande partie au lobbying efficace de représentants du commerce de l'art, appuyés par quelques artistes suisses célèbres! Ceci est d'autant plus surprenant que ces derniers en auraient profité le plus. En effet, les expériences faites dans les états appliquant le droit de suite montrent que le commerce d'œuvres d'art de succès n'en pâtit pas de manière significative, contrairement à ce que ses opposants prophétisent toujours. Il est indéniable que les premiers/premières auteur(e)s à tirer bénéfice du droit de suite seront ceux/celles dont l'œuvre leur a déjà conféré notoriété et succès dans le monde du commerce de l'art. Mais quel mal y a-t-il à celà? Pourquoi ces artistes ne devraient-ils pas avoir leur part financière du fruit de leur travail? Au seuil du troisième millénaire, devons-nous encore nous en tenir à l'image dépassée de l'écrivain indigent des temps de Spitzweg et à la conviction que l'artiste peut seulement créer des œuvres grandioses dans la pauvreté?

Dans les états qui le reconnaissent, le droit de suite est depuis longtemps une prérogative du droit d'auteur et non seulement un droit de protection voisin. C'est un droit patrimonial particulier des auteur(e)s, reconnu légalement et pour la même durée que les droits d'auteur. En Suisse, cela correspondrait à 70 ans après la mort du créateur de l'œuvre. Toute autre solution contredirait les règlements existant dans d'autres états et s'opposerait à l'esprit de la RBUe – ainsi d'ailleurs qu'à une prochaine harmonisation du droit européen, même si nous ne devons pas l'appliquer en Suisse.

Werner Stauffacher,
Docteur en droit, vice-directeur de ProLitteris

Werner Stauffacher

Il diritto di seguito per gli artisti visuali – una necessità

La Svizzera ebbe la sua prima legge sul diritto d'autore nel 1883 e la seconda nel 1922. Quest'ultima rimase in vigore fino al 1° luglio 1993, quando, dopo oltre trent'anni di lavori preparatori, entrò in vigore una legge federale moderna, completamente rivista sul diritto d'autore e sui diritti di protezione affini (LDA). Oggi essa necessita già di una revisione parziale poiché alcune disposizioni della LDA devono essere adeguate in seguito ad accordi internazionali.

Nessuna delle precedenti leggi svizzere riconosceva il diritto di seguito per gli artisti visuali e quindi oggi sussiste il motivo di riesaminare la legislazione in merito. Tanto più che già in occasione dell'ultima revisione totale si discusse approfonditamente del diritto di seguito e che, con nostro piacere, il Consiglio federale, nel suo messaggio del 19 giugno 1989, si espresse in termini positivi in merito.

Di cosa si tratta?
Perché in passato si è fallito?

Il diritto di seguito (o droit de suite) vuole rendere gli artisti visuali adeguatamente partecipi dell'aumento di valore delle loro opere. Questo dovrebbe valere, oltre che per le opere di arte visuale vera e propria (come dipinti ad olio, acquerelli, disegni, litografie, ecc.) anche per sculture e fotografie. Il senso di questa speciale regolamentazione risiede nel fatto che, di regola, i cosiddetti diritti di primo realizzo garantiscono relativamente pochi diritti finanziari agli artisti visuali. Così, solo in casi estremamente rari un pittore è in grado di vivere del ricavato dei diritti di rappresentazione, trasmissione o riproduzione dei suoi quadri. La fonte principale di guadagno è rappresentata piuttosto dalla vendita delle opere originali. È dunque più che giustificato che le autrici e gli autori ricevano un compenso per l'aumento di valore delle opere da loro create. Ciò è possibile solo attraverso il diritto di seguito.

Il sistema di compensazione prevede sostanzialmente che, in occasione di ogni rivendita dell'originale e a partire da una certa soglia di prezzo, all'autore spetti una determinata percentuale. Nella revisione presentata nel 1989, la SPSAS propose che «l'autore avesse

diritto ad un'adeguata percentuale del ricavato della vendita nei confronti del cedente, se esso supera i mille franchi» (cit. tradotta dal tedesco). In Germania ad esempio, dove si applica il diritto di seguito dal 1972, la percentuale è del 5% del ricavato della cessione, se si superano i cento marchi. Il diritto francese prevede il 3% del prezzo di vendita, mentre l'Islanda, con il 10%, si colloca al vertice della scala. Tutte le prime vendite e le cessioni tra privati non rientrano nel diritto di seguito.

Attualmente è in corso un acceso dibattito nell'Unione europea sull'armonizzazione del diritto di seguito. Le ultime proposte oggetto di discussione vanno dall'1% al 5% del ricavato della vendita. È soprattutto la Gran Bretagna ad opporsi ad un'armonizzazione e questo non sorprende perché le grandi e famose case d'asta, dedite alla vendita di opere d'arte, svolgono la propria attività principalmente in Gran Bretagna, in Francia, negli USA e in Svizzera: tutti stati che, ad eccezione della Francia, non riconoscono il diritto di seguito nella loro legislazione sul diritto d'autore.

E questo malgrado la Convenzione di Berna sulla protezione delle opere letterarie ed artistiche nella versione di Parigi del 24 luglio 1971 (RBUe) prevedesse espressamente il diritto di seguito. La Svizzera ha aderito a tale convenzione in occasione della revisione totale della LDA del 1993. Questo però non ha conseguenze dirette, poiché il diritto di seguito non deve essere obbligatoriamente recepito dagli stati membri nelle leggi nazionali interne. Delle conseguenze si dovrebbero invece temere se nell'UE venisse prescritta l'armonizzazione del diritto di seguito e se gli stati dell'Unione dovessero obbligarsi nel senso di una sua adozione. In tal caso infatti, la Svizzera si troverebbe ad essere una volta di più un'isola in Europa – e per di più un'isola contro gli interessi delle autrici e degli autori e a favore di quelli del commercio degli oggetti d'arte.

La lotta per il diritto di seguito è – come ogni miglioramento per le autrici e gli autori – lunga e piena di ostacoli. Gli argomenti dei critici contrari al diritto di seguito sono sempre gli stessi. Secondo loro non è possibile applicare questo diritto nella pratica e si rischia un trasferimento del commercio d'arte all'estero. Entrambe le argomentazioni sono già state confutate nel messaggio del Consiglio federale del 1989, in cui si fece espressamente riferimento alle esperienze positive in Germania e in Francia. Da allora si sono aggiunti altri stati che pure riconoscono ed applicano il diritto di seguito. Il pericolo che il commercio degli oggetti d'arte si sposti all'estero è dunque già diminuito e scomparirebbe del tutto se si introducesse l'armonizzazione per l'area dell'UE.

In occasione dell'ultima revisione della legge, il diritto di seguito venne praticamente tolto dall'ordine del giorno all'ultimo minuto. Questo è dovuto, tra l'altro, ad un efficace opera di lobby svolta da rappresentanti del commercio di oggetti d'arte – sostenuta da singoli noti artisti locali! Ciò sorprende ancora di più visto che sarebbero stati proprio questi ultimi a beneficiarne. Le esperienze degli stati in cui vige il diritto di seguito dimostrano infatti che il commercio di oggetti d'arte con opere di successo non diminuisce affatto in modo significativo, come invece profetizzano sempre gli oppositori. È certo che a beneficiare dei ricavati ottenuti grazie al diritto di seguito saranno soprattutto quegli artisti che con le loro opere si sono già fatti un nome nel mondo del commercio dell'arte e che hanno successo. Ma cosa c'è di negativo in questo? Perché questi artisti non dovrebbero beneficiare in senso finanziario dei frutti dei loro lavori? O si vogliono mantenere valide, alle porte del nuovo millennio, l'immagine dei tempi di Spitzweg ormai piuttosto obsoleta del letterato povero e l'opinione che l'artista è in grado di creare grandi opere solo se versa in miseria?

Negli stati che lo riconoscono, il diritto di seguito è già da tempo un potere dell'autore e non solo un diritto di protezione affine. Rappresenta un diritto patrimoniale particolare che spetta alle autrici e agli autori per legge, e precisamente fino a quando è garantito il diritto d'autore. In Svizzera ciò significa attualmente fino a 70 anni dalla morte del creatore dell'opera. Ogni altra soluzione sarebbe contraria alle regolamentazioni esistenti negli altri stati, non sarebbe nello spirito del RBUe – e sarà altresì presto contraria al diritto armonizzato dell'UE, anche se in Svizzera non siamo tenuti ad applicarlo.

Werner Stauffacher,
Dr iur., vicedirettore di ProLitteris